



HESSISCHER LANDTAG

31. 10. 2020

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der SPD

Steigende Infektionszahlen erfordern weitreichende Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betrachtet mit äußerster Sorge die hohe Zahl an Corona-Neuinfektionen. Die Zahlen liegen heute deutlich über den Werten vom Frühjahr. Auch unter Berücksichtigung der gestiegenen Testkapazitäten ist das Infektionsgeschehen heute dynamischer und damit gefährlicher denn je. Die Infiziertenzahlen verdoppeln sich derzeit etwa alle sieben Tage.
2. Eine Nachverfolgung der Kontakte von Infizierten kann aufgrund der hohen Zahlen bundesweit nicht mehr hinreichend gewährleistet werden. Nach den Statistiken des Robert-Koch-Instituts sind die Ansteckungsumstände in mehr als 75% der Fälle unklar. Somit kommen punktuelle einschränkende Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie an ihre Grenzen und sind zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung nicht mehr ausreichend.
3. Die hohe Zahl an Erkrankten auch mit schweren und schwersten Verläufen ist bereits in den Krankenhäusern angekommen. Aktuell verdoppelt sich die Zahl der Intensivpatientinnen und -patienten bundesweit etwa alle zehn Tage. Ohne entschlossenes Handeln zeichnet sich innerhalb kürzester Zeit eine Überlastung des Gesundheitssystems ab.
4. Vor diesem Hintergrund haben sich die Regierungschefinnen und -chefs von Bund und Ländern in ihrer Konferenz vom 28. Oktober 2020 auf weitreichende Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens und zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung verständigt. Der Landtag begrüßt die gemeinsame Anstrengung, die Infektionswelle zu brechen.
5. Der Landtag betont, dass das Parlament bei allen Maßnahmen der Pandemiebekämpfung zu beteiligen ist. Dabei muss der Grundsatz gelten: Je größer die Grundrechtseingriffe, desto umfassender die Beteiligung des Landtags.
6. Der Landtag teilt die Auffassung, dass in der aktuellen Situation erneut, wie schon im Frühjahr, eine gemeinsame nationale Anstrengung des Bundes, der Länder, der Kommunen sowie der Bürgerinnen und Bürger erforderlich ist. Er betont, dass sich die überwiegende Zahl der Bevölkerung an die geltenden Regeln hält und hierin einer der Schlüssel zur Eindämmung des Virus liegt.
7. Andere Länder investieren in eine Impfstrategie. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um beim Vorliegen eines Impfstoffes eine schnelle Impfung insbesondere vulnerabler Gruppen sicherzustellen.
8. Der Landtag unterstreicht, dass das aktuelle Infektionsgeschehen über das Einhalten der Hygiene- und Abstandsregeln sowie das Tragen von Alltagsmasken hinaus eine weitgehende Beschränkung der Kontakte erforderlich macht. Er teilt die Zielsetzung, Kitas, Schulen und weite Teile der Wirtschaft möglichst aufrechtzuerhalten. Dazu muss das Land eine umfassende Teststrategie vorlegen.
9. Der Landtag ist sich bewusst, dass die erneuten Einschränkungen des öffentlichen Lebens mit erheblichen Einschränkungen für viele Menschen und Berufsgruppen verbunden sind. Diese sind nur zu rechtfertigen, um eine weitere Ausbreitung des Virus, die damit verbundenen Gesundheitsgefahren und die hierdurch notwendig werdenden noch weitreichenderen Einschränkungen zu vermeiden. Die Entwicklung in anderen europäischen Staaten mit

noch höheren Infektionszahlen zeigen, zu welchen drastischen Maßnahmen andere Länder sich genötigt sehen.

10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich eine wirksame und klare Aufklärungskampagne zu starten, um die Akzeptanz und Befolgung der notwendigen Regeln zu erhöhen
11. Der Landtag begrüßt, dass der Bund für die von den temporären Schließungen erfassten Unternehmen, Betriebe, Selbstständigen, Vereine und Einrichtungen eine außerordentliche Wirtschaftshilfe auf den Weg bringen wird. Der Erstattungsbetrag beträgt 75 % des entsprechenden Umsatzes des Vorjahresmonats für Unternehmen bis 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Prozentsätze für größere Unternehmen werden nach Maßgabe der Obergrenzen der einschlägigen beihilferechtlichen Vorgaben ermittelt.
12. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Wirtschaftsprogramm für Hessen aufzulegen, um darüber hinaus unnötige Härten in besonders betroffenen Branchen abzufedern.
13. Der Landtag wendet sich entschieden gegen alle Versuche, die Pandemie und ihre Folgen für populistische Zwecke zu missbrauchen. Zur Infragestellung unserer Demokratie, unseres Rechtsstaats oder unserer staatlichen Ordnung besteht kein Anlass. Im Gegenteil: Gerade in der Krise hat unser Land gezeigt, was Staat und Gesellschaft gemeinsam für die Bürgerinnen und Bürger leisten. Wie schon im Frühjahr braucht es auch jetzt wieder Zusammenhalt statt Spaltung.

Wiesbaden, 31. Oktober 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser